Editorial

Hans-Peter Müller

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2017

Zunächst ein Wort in eigener Sache: Das „Berliner Journal für Soziologie“ hat sich neu aufgestellt und ist eine enge Kooperation mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena eingegangen. Mit Unterstützung insbesondere von Klaus Dörre, der ab Heft 1 dieses Jahrganges auch das Herausbergremium verstärkt, ist es gelungen, die Zukunft des BJS für die nächsten Jahre abzusichern. Außerdem hat Benjamin Seyd (ebenfalls Universität Jena) die Verantwortung für die Redaktion übernommen und ihr neuen Schwung verliehen. Auch Henri Band bleibt dem Journal weiterhin als Mitarbeiter erhalten. Gleichwohl möchte ich die Gelegenheit nutzen, ihm im Namen der Herausgeber noch einmal für die in den letzten Jahren geleistete hervorragende Arbeit zu danken – wie vor allem viele Autoren aus der Zusammenarbeit mit ihm bestätigen können dürften.

Mit diesen Veränderungen nimmt eine schwierige Übergangszeit ein gutes Ende, an dem das Journal nun personell besser dasteht als bisher. Auch der Springer-Verlag begrüßt und unterstützt diese neue Zusammenarbeit zwischen Jena und Berlin. Benjamin Seyd als verantwortlicher und Henri Band als frei Mitarbeitender Redakteur sowie Andreas Häckermann als ihr Assistent bilden das neue Redaktionsteam. Adressat für einzureichende Manuskripte ist ab sofort die Universität Jena, Übergangsweise kann jedoch auch die Berliner Adresse wie bisher benutzt werden. An der „Politik“ des Journals ändert sich dadurch weiter nichts: Das BJS ist und bleibt eine allgemeine Fachzeitschrift der Soziologie, die offen ist für Theorie und Kultursoziologie wie für aktuelle Fragen des sozialen Wandels. Gleichwohl werden wir uns im erweiterten Herausgeberkreis in naher Zukunft darüber verständigen, wie wir das Profil der Zeitschrift weiter schärfen können. Darüber werden wir unsere Leser in einem späteren Heft ausführlicher informieren.

H. Müller (✉)
Berlin, Deutschland
E-Mail: hpmueller@sowi.hu-berlin.de

Der neue Jahrgang beginnt mit einem offenen Heft. Frithjof Nungesser seziiert kritisch das wohl faszinierendste und zugleich höchst problematische Konzept Pierre Bourdieus: seine Theorie der „symbolischen Gewalt“. In seinen frühen Studien zu Bildung und Sprache, in seinen späteren Hochschulstudien sowie in seinen frühen wie späten Geschlechterstudien war Bourdieu immer wieder auf das erstaunliche Phänomen gestoßen, dass die Menschen aktiv an ihrer Unterwerfung mitwirken und das noch nicht einmal merken, geschweige denn kritisieren. Ähnlich wie seine anderen paradox anmutenden Formeln wie die vom „interesselosen Interesse“ (oder besser: von der „interessierten Interessenlosigkeit“) oder vom „ernsthaften Spiel“ soll die Rede von einer „symbolischen Gewalt“ auf die gleichsam geräuschlose Durchsetzung von Macht und Herrschaft als legitime aufmerksam machen. Diese „sanfte Gewalt“, so Bourdieu, sei aber trotzdem eine Form von Gewalt. Zunächst sporadisch eingesetzt, um Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu markieren, wuchs sich in der Folgezeit der Begriff der „symbolischen Gewalt“ zu einem Leitkonzept von Bourdieus kritischen Analysen aus. Hier setzt Nungesser mit seiner Analyse der Begriffsbildung an: Schließlich sollte ein Leitkonzept präzise, luzide und widerspruchsfrei sein. Das ist es aber mitnichten, wie der Autor überzeugend demonstriert. Erstens widerspricht die Rede von symbolischer Gewalt dem Alltagsverständnis von Gewalt: sanft versus brutal, symbolisch versus physisch, leise versus laut, welterschließend versus weltzerstörend. Zweitens unterschätzt die unterstellte „Komplizenschaft“ das Handlungs- und Widerstandspotenzial der Akteure, wie vor allem die „Soziologie der Kritik“ von Luc Boltanski und Laurent Thévenot eingewandt hatte. Drittens werden alle Katzen grau, wenn Gewalt, Herrschaft und Macht durch das Präfix „symbolisch“ im Grunde in einen Topf geworfen werden. Begriffliche Entdifferenzierung, so Nungesser, mag ihre politische Stärke haben, um die Kritikwürdigkeit gesellschaftlicher Verhältnisse zu „entlarven“ (und um Entlarvung ging es Bourdieus „kritischer Soziologie“ stets), birgt aber aus soziologischer Sicht eine konzeptionelle Schwäche, weil sie die vielfältigen Mechanismen der alltäglichen Über- und Unterordnung (Georg Simmel) eher verdeckt, statt sie aufzuklären. Nungessers Fazit ist eindeutig: Der Begriff muss aufgegeben, Ross und Reiter der Macht- und Herrschaftsverhältnisse müssen stattdessen benannt und ihre konkreten Mechanismen genauer herausgearbeitet werden. Gleichzeitig sollten die Facetten des Symbolischen genauer untersucht werden.

Ulf Bohmann und Henning Laux untersuchen in ihrem Aufsatz die Finanzmarktwächter in Gestalt der „Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht“ (BaFin), um herauszufinden, wie politische Entscheidungen und finanzökonomische Entwicklungen koordiniert werden. Es ist das alte Lied: Der Kapitalismus ist schnell, die Demokratie ist langsam. Aber der Finanzmarktkapitalismus ist turboschnell – und die bürokratischen Kontrollorgane wie die BaFin? Auf der Basis einer qualitativen Organisationsstudie im Rahmen der akteurszentrierten Differenzierungstheorie suchen die Autoren mithilfe einer vierdimensionalen Heuristik (Sequenz, Volumen, Tempo, Radius), die Zeitdifferenzen zwischen Politik und Finanzwirtschaft zu erfassen, und gehen der Frage nach, wie die BaFin die akuten Zeitdifferenzen zu managen versucht. Das Ergebnis der Autoren fällt ernüchternd aus. Die BaFin hat ein massives „Synchronisationsproblem“: Als „Hybridorganisation“ zwischen Politik, Verwaltung und Finanzmarkt bleibt sie eine Behörde, die bürokratischen und

gesetzgeberischen Vorgaben unterliegt; zugleich soll sie aber durch Regelsetzung, -anwendung und -kontrolle die globalen Kapitalströme und ihre Träger so überwachen, dass nicht die nächste Finanzkrise die Politik überrascht. Angesichts der ständigen Beschleunigung der Finanzgeschäfte und der Intransparenz der Finanzderivate führt das zu einer strukturellen Dauerüberforderung der Kontrollbehörde. Kein Wunder, denn die BaFin hat 1820 Banken, 680 Finanzdienstleistungsinstitute, 580 Versicherungsunternehmen, 30 Pensionsfonds, 6000 inländische Fonds, 260 Kapitalverwaltungsgesellschaften im Blick zu behalten. Was nach Art eines Hase-und-Igel-Spiels funktionieren sollte, bei dem die Finanzhaie, pardon: -hasen am Rande des (Markt-)Feldes stets auf einen BaFin-Igel treffen, der immer schon da sitzt, gerät in Wirklichkeit zu einem chancenlosen Hinterherhinken der Behörde hinter der algorithmengestützten Intelligenz und Schnelligkeit einer nahezu unüberschaubar gewordenen Zahl an Finanzakteuren. Vielleicht hilft es, an eine der wenigen Gesetzmäßigkeiten der Soziologie zu erinnern: die Kontrollspanne der Führung. Sie beträgt eins zu neun, wenn man davon ausgeht, dass der Chef bei seiner Kontrolle auch noch Face-to-face-Kontakte mit seinen Mitarbeitern vorsieht. Es sei den hartgesottenen Empirikern überlassen auszurechnen, wie groß die BaFin sein müsste, um eine effektive Kontrolle und Überwachung der Finanzmärkte und der Finanzdienstleister zu sichern.

Daniel Drewski, Jürgen Gerhards und Silke Hans interessieren sich für symbolische Grenzziehungsprozesse von und zwischen Jugendlichen an einer Europäischen Schule in Brüssel. Hier wird Europa schon in jungen Jahren gelebt. Spielen also nationale Unterschiede keine Rolle mehr im europäischen Multikulturalismus? Auf der Basis von leitfadengestützten Interviews hat sich das Autorenteam auf die Suche nach Distinktionsprozessen zwischen den Schülergruppen begeben, indem es Prozesse der Kategorisierung und Attribuierung von Jugendlichen analysiert hat. Bei der Kategorisierung haben die Autoren vier Kriterien ermittelt, die die Reputationsordnung unter der Schülerschaft regeln: erstens ein cooler Lebensstil, aber in bürgerlichen Maßen; zweitens mühelos erbrachte Schulleistungen, aber kein „Strebertum“; drittens politische Werthaltungen wie Kosmopolitismus, Offenheit und Toleranz, aber keine Fremdenfeindlichkeit oder Homophobie; viertens Kenntnisse der in Europa dominierenden Sprachen Französisch und Englisch. Bei der Attribuierung zeigte sich, dass diese jugendeigene Reputationsordnung nationenspezifisch zugeschrieben wird. Führend sind die Französischen und Skandinavierinnen, am unteren Ende finden sich die Osteuropäer. Selbst in einem genuin europäischen Kontext, so das Autorenteam, lösen sich demnach nationalitätenspezifische Grenzziehungsprozesse nicht einfach auf, sondern werden für jugendliche Rangordnungen der Coolness instrumentell-strategisch genutzt. Das nationale Kapital spielt im sozialen Leben Europas also weiterhin eine wichtige, wenn auch systematisch unterschätzte Rolle.

Werner Vogd untersucht in seinem Beitrag die Spannungen, die in Zeiten weiter gestiegener, heterogener Leistungserwartungen an Krankenhäusern entstehen und die das Management austarieren muss. Zu diesem Zweck bedient sich der Autor einer Management-, Organisations- und Systemperspektive, die er zu einem Kontexturansatz weiterentwickelt. Die Außenspannungen werden von Politik und Krankenkassen erzeugt, die die ständig wachsenden Kosten der medizinischen Versorgung

mit Kostendämpfungsmaßnahmen bis hin zur Schließung von Krankenhäusern in den Griff bekommen wollen. Dies erzeugt in den Krankenhäusern Innenspannungen, weil diese den Druck durch Controlling und Leistungs- und Kostenvorgaben an das medizinische Personal weitergeben, das aber nicht so sehr an der Finanzlage des Krankenhauses, sondern an der Versorgungslage ihrer Patienten interessiert ist. Vogd zeigt, wie das Management kraft einer Art „Führungsspannung“ diese Konflikte und gegenläufigen Interessen im Krankenhaus zu bearbeiten und auszutarieren versucht. Diverse Strategien, Techniken und Tricks des Managements machen eine eigentlich unhaltbare Situation haltbar; so wird ökonomische Ausbeutung in professionelle Selbstverwirklichung transformiert und werden die schwächsten Abteilungen in der Krankenhausstruktur identifiziert, die man angesichts des Kosten- und Rationalisierungsdrucks gefahrlos schrumpfen, zusammenlegen oder abwickeln kann. Zweifellos könnte man eine solche Studie ganz ähnlich auch für Schulen und Universitäten, Polizei und Justiz, ja eigentlich für den gesamten öffentlichen Dienst anstellen, seit er unter die Fuchtel des New Public Management geraten ist. Da könnte leicht eine resignative, ja fatalistische Haltung aufkommen – was zum nächsten Aufsatz überleitet.

Andreas Pettenkofer geht dem Phänomen des Fatalismus als einer von der Soziologie vernachlässigten Stütze sozialer Ordnung nach. Vordergründig scheint die Moderne mit ihrem Aktivismus, Optimismus, Ziel- und Erfolgsstreben diesem den Garaus gemacht zu haben. So kam Émile Durkheim, der auch den Typus des fatalistischen Selbstmords herauspräpariert hat – ihm dann aber nur zu einer Fußnotenexistenz verhalf –, zu der Überzeugung, dass Fatalismus in der Moderne keine Rolle mehr spiele, weil es nun jedem möglich sei, seine eigene und der Gesellschaft Zukunft mitzugestalten. Pettenkofer verweist dagegen auf das andauernde Fortwirken fatalistischer Muster und diskutiert ihre ordnungserhaltende Funktion unter einer vierfachen Stoßrichtung: Erstens ist Fatalismus kein Phänomen nur vor-moderner, sondern auch moderner Gesellschaften. Zweitens ist Fatalismus nicht nur etwas für die sozial Schwachen, sondern findet sich auch in den Mittel- und Oberschichten. Kurz: Er ist klassenlos, weil klassenübergreifend, wenngleich sich die Formen und Ausprägungen unterscheiden. Drittens geht Fatalismus nicht unbedingt nur mit einer Haltung der Reflexionslosigkeit einher, sondern es gibt auch Formen eines reflektierten Fatalismus. Viertens gibt es nicht nur einen resignativen Fatalismus der Machtlosen, also die Haltung des „Nichts-ändern-Könnens“, sondern auch einen pragmatisch-voluntaristischen Fatalismus der Eliten, der gerade handlungsfähig macht, weil er vom Nachdenken über die (Neben-)Folgen des eigenen Tuns entlastet. Am Ende seiner „tour d’horizon“ ist man fast überzeugt, dass auch die Moderne – bei rechtem Lichte besehen – ihren eigenen Fatalismen folgt: in Form einer Hinnahme ihrer Dynamisierungs-, Beschleunigungs- und Technisierungszwänge. Georg Simmel und Max Weber ahnten das auch schon und meinten: Die Moderne ist unser Schicksal. Und Schicksale kann man nicht einfach – *nolens, volens* – ummodelln; man muss sich ihnen stellen, was aber gerade nicht heißt, sie nur auszuhalten, sich ihnen blind zu fügen.

In ihrem Essay „Über Sklaverei, Rassismus und die Segmentierung der Gesellschaft“ diskutiert Skadi Siiri Krause Alexis de Tocquevilles Analyse sozialer Exklusion in den USA. Tocqueville hatte sich in seinem Werk *Über die Demokratie*

in Amerika recht drastisch zum Schicksal der „Rassen“ in den Vereinigten Staaten geäußert. Die indigenen Völker seien von Auslöschung bedroht, die Afroamerikaner zu Sklaverei und/oder sozioökonomischer Deprivation verdammt. Selbst wenn die Sklaverei – deren tatsächliche Beseitigung Tocqueville nicht mehr miterlebt hat – abgeschafft werden sollte, würde, so seine weitsichtige These, der tiefsitzende Glaube der Weißen an ihre eigene Überlegenheit und die Erinnerung der Schwarzen an ihr Schicksal als Sklaven deren sozial inferioren Status nur *ad infinitum* fortschreiben. Krause weist die Standardkritiken an Tocqueville, wonach er sich nicht ausreichend mit der Situation der nichtweißen Bevölkerung in Amerika beschäftigt habe, mit guten Argumenten zurück und zeigt die Mechanismen auf, mit denen die Unterdrückung der Schwarzen im Alltag bewerkstelligt wurde.

Den Abschluss des Heftes bildet ein Nekrolog von Stephan Lessenich für Zygmunt Bauman. Bauman war ein prominenter europäischer Soziologe, der mit viel Gespür stets den richtigen Zeitpunkt für seine einschlägigen Kultur- und Gesellschaftsdiagnosen getroffen hat. Mit ihm ist eine der bekanntesten Größen unseres Faches in Europa von der Bühne abgetreten.